

STEPHANIE ZLOCH

POLNISCHE EUROPA-IDEEN UND EUROPA-PLÄNE ZWISCHEN DEN BEIDEN WELTKRIEGEN

EUROPA-DEBATTEN IM ZEITALTER DES NATIONALISMUS

Im Bestreben, die Europa-Ideen und Europa-Pläne der Zwischenkriegszeit zu untersuchen, sieht sich der Historiker rasch vor ein Dilemma gestellt: Die intensiven Debatten der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts bereiteten zweifellos einen fruchtbaren Boden für den neuen Anlauf zu einer europäischen Einigung nach 1945. Die Beschäftigung mit Europa-Ideen ist darüber hinaus dazu angetan, die traditionelle Fixierung auf nationalgeschichtliche Narrative aufzubrechen und auf lange Zeit in der Historiographie zur Zwischenkriegszeit vernachlässigte supra- und transnationale Vorstellungen und Handlungsspielräume aufmerksam zu machen. Problematisch wird das Vorhaben allerdings dann, wenn eine allzu empathische Suche nach „Vorläufern“ und „frühen Vordenkern“ des europäischen Integrationsprozesses sich mit einer Apologie der Entwicklung nach 1945 verbindet oder gar aktiv an einer legitimierungsschaffenden Mythenproduktion teilhat. Ohnedies ist bei aller Betonung transnationaler Verbindungen auf das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach wie vor wirkmächtige Denkmuster der Nation zu verweisen, ja, die Zwischenkriegszeit stellte geradezu einen Höhepunkt in der Geschichte des europäischen Nationalismus dar.

Viele Staaten, darunter vor allem auch die neu geschaffenen Staaten im östlichen Mitteleuropa, waren sorgsam darauf bedacht, keine Abstriche an ihrer nationalen Souveränität hinnehmen zu müssen. Die nach dem Ersten Weltkrieg nochmals forcierte Konzentration auf den eigenen Staat und die eigene Nation blieb auch für die eigenen Bürger nicht ohne Spuren für konkrete lebensweltliche Erfahrungen mit „Europa“. Mit nostalgischem Anklang schrieb in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchowytsch: „Zu Beginn unseres Jahrhunderts hätte ich kein Visum gebraucht, um mit Rilke zusammenzutreffen oder vielleicht mit Gustav Klimt, und um nach Krakau, Prag, Salzburg oder Triest zu gelangen, hätte es genügt, eine Fahrkarte für den jeweiligen Zug zu lösen“ (Andruchowytsch, 2003, S. 42) Mag Andruchowytsch als

Kontrast hierzu vor allem die Situation seines Heimatlandes während der sowjetischen Zeit vor Augen gehabt haben, so bot schon die Zwischenkriegszeit ein anderes Bild. Um das aufgegriffene Beispiel der Zugfahrt weiterzuführen, sei hier – im Bewusstsein der literarischen Gestaltungsfreiheit, die zweifellos zuspitzende und suggestive Stimmungen erzeugen konnte und auch wollte – Alfred Döblin zitiert:

„Da hält der Zug. Ein feierlicher Akt beginnt. Die Tür am Ende des Waggons hat sich geöffnet, alle Reisenden sind aus dem Gang getreten. Zwei Männer in grünen Uniformen sind in den Waggon gestiegen, einer hinter ihnen in Zivil mit einem Heft. Sie nehmen die Paßbüchlein ab, notieren. Einer tritt in das Abteil, läßt die Koffer öffnen. Alles sehr still. Von Coupé zu Coupé wandern die Beamten. Der Zug rollt weiter. Schwarze Mitternacht ist geworden. Der Zug hält; ist es ein Bahnhof? Gespannte Stille. Wieder über den Teppich her drei Männer. Jetzt aber an der Spitze ein schwarz uniformierter Soldat, ein Polizist mit ungeheurem lackierten Kavalleriesäbel. Für den Paß gibt er Blechmarken. [...] Als wäre es Krieg, ergießen sich Scharen der Passagiere aus dem Zug. Wir müssen über finstere Bahnsteige, Treppen ab und auf, in Riesenholzschruppen, zur Zollstelle. Das ist schon Ausland. Der Zug hat die Grenze überfahren. Ich gehe schon auf fremdem Boden.“ (Döblin, 1993, S. 12)

Es gehört freilich zum Spezifikum der Zwischenkriegszeit als „Zwischenzeit“ (Gunther Mai), dass sich die Bezugsgrößen „Nation“ und „Europa“ keineswegs auf ein bloßes Neben- oder Gegeneinander beschränken ließen. *Mental maps* aus der Zeit vor 1914 und das Leiden an den bürokratisch-nationalstaatlichen Verengungen nach dem Ersten Weltkrieg verbanden sich auf ambivalente und vielschichtige Weise mit explizit nationalen Identifikationsangeboten, die Orientierung und Sinnstiftung in einer gemeinhin als beängstigend-unübersichtlich empfundenen Zeit zu bieten versprachen. Es ist daher recht fraglich, ob für die Zwischenkriegszeit eine trennscharfe Unterscheidung zwischen pro- und anti-europäischen Vorstellungen vorgenommen werden kann. Vielmehr zeichnen sich Debattenargumente, Geschichtsbilder, Raumvorstellungen, Zivilisationskonzepte und politische Mythen häufig sowohl durch nationale als auch europäische Komponenten aus.

Diese Ausgangsüberlegungen sind für die Rolle der Europa-Ideen im seit 1918 unabhängigen Polen von besonderer Prägnanz. Die polnischen Europa-Vorstellungen der Zwischenkriegszeit wurden vor dem Hintergrund eines neuen, um Selbstdefinition und internationale Positionierung noch ringenden Staatswesens artikuliert und legten einen engen Zusammenhang mit zeitgenössischen Konstruktionsprozessen nationaler Identität nahe.

Zwischen Utopie und Konsolidierung: Europa-Debatten in der Zeit der Grenzkämpfe 1918 – 1921

Die ersten Jahre des unabhängigen Polen zeichneten sich durch eine ideenreiche, lebendige und in dieser Intensität bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht mehr anzutreffende Verständigung über die künftige Rolle Polens in Europa aus. Genau genommen setzte diese Phase bereits 1917/18, in den letzten Jahren des Ersten Weltkriegs ein, als die weithin erhoffte staatliche Eigenständigkeit Polens zunehmend konkretere Ausichten auf Verwirklichung besaß. Die Kumulation von Europa-Vorstellungen in der frühen Zweiten Republik hatte mehrere Gründe.

Die historische Europaforschung hat die bedenkenswerte These formuliert, dass gerade in Gesellschaften, die erst spät zur nationalen Einheit fanden, der Europadiskurs besonders ausgeprägt war, da hiermit eine Projektion politischer Wünsche auf ein föderatives Subjekt verbunden gewesen war, das die nationale Einheit substituieren konnte. Tatsächlich war nicht nur das Gefühl der Zugehörigkeit zur europäischen Kultur und Werteordnung in Polen stets in ausgeprägter Weise vorhanden, die polnische Nationalbewegung propagierte darüber hinaus während der Teilungszeit unermüdlich, die polnische mit der europäischen Frage in enger Verbindung zu sehen. Zwar gewann mit der Entstehung der Nationaldemokratie gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine geistig-politische Strömung an Kontur, die den „nationalen Egoismus“ zum Leitbild des polnischen Nationalbewusstseins erhob, doch wirkte die habituell-lebensweltliche Europäizität der intellektuellen Eliten Polens bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Die Neuordnung Europas, speziell auch Osteuropas, am Ende des Ersten Weltkriegs wurde in diesen Kreisen daher keineswegs nur im Rahmen eines nationalstaatlichen Paradigmas gedacht. Vielmehr zirkulierten seit den Kriegsjahren verstärkt Überlegungen für alternative Ordnungsversuche, so insbesondere für die Begründung „Vereinigter Staaten von Europa“. Allerdings waren die Bezugspunkte hierfür unterschiedlich gewählt: Während der Geschichtsphilosoph Feliks Koneczny (1862–1949) die „lateinische Zivilisation“ beschwor, richtete sich das Augenmerk der polnischen Sozialisten auf Ostmitteleuropa als Nukleus eines künftigen europäischen Einigungsprozesses, und Ignacy Jan Paderewski (1860–1941), Pianist, Komponist und zugleich rühriger Initiator nationalpolnischer Unterstützungskomitees im Ersten Weltkrieg, betonte mit Blick auf die gleiche Region bereits eine dominante polnische Rolle, was ihn daher auch von den „Vereinigten Staaten von Polen“ sprechen ließ.

Die 1918 erlangte Unabhängigkeit ließ die polnischen Debatten über Europa nicht erlöschen, im zeitgenössischen Überschwang nationaler Empfindungen verschoben sich allerdings die Gewichte zwischen europäi-

schen und nationalen Komponenten zunehmend zugunsten der letzteren. Die stärkere Hervorhebung nationaler Denkfiguren brachte freilich zum Vorschein, dass in den ersten Jahren der Unabhängigkeit der Verständigungsprozess darüber, was die polnische Nation eigentlich ausmachen und welche Territorien, Bevölkerungsgruppen, Symbole und Traditionen ihr zugeschrieben werden sollten, gerade erst an brennender Aktualität gewann. Die lange Teilungszeit hatte unterschiedliche politische Erfahrungen, Vorstellungen und somit auch unterschiedliche *mental maps* geprägt. Der politische Pluralismus, den die demokratisch-liberale Verfassungsordnung der frühen Zweiten Republik gewährleistete, bot nun der Suche nach einer Selbstdefinition des unabhängigen Polen und den konkurrierenden Nationsentwürfen ein weites Spektrum an Konkretisierungsmöglichkeiten, ob in der öffentlichen Festkultur, bei der Formulierung politischer Partizipationsrechte, beim Ideenwettstreit um die inhaltliche Ausrichtung des Schulwesens oder bei der Regelung des Minderheitenschutzes.

Einen vorläufigen produktiven Höhepunkt fanden die unterschiedlichen Nationsentwürfe, und hier insbesondere jene Teilkomponenten, die auf Zivilisationskonzepte, Raum-Mythen und Europa-Vorstellungen rekurrierten, in den Jahren des polnisch-sowjetischen Krieges 1919/20.

Die Pariser Friedenskonferenz, auf der seit Anfang 1919 die neue Gestalt Nachkriegseuropas verhandelt wurde, hatte für Polen bislang nur Regelungen bezüglich seiner künftigen Westgrenzen gebracht. Dabei waren die territorialen Forderungen der polnischen Delegation um den Nationaldemokraten Roman Dmowski (1864–1939), die sich sowohl auf historische als auch demographische, wirtschaftliche und geostrategische Argumente gestützt hatten, nicht in jenem Umfang realisiert worden, wie dies in der national euphorisierten Öffentlichkeit des gerade erst begründeten polnischen Staates erhofft worden war. Bei der ersten „Begegnung“ mit der neuen europäischen Nachkriegsordnung in Gestalt des Versailler Vertrags war es somit nicht gelungen, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Umso erwartungsvoller richteten sich die Blicke daher nach Osten.

Während auf der Pariser Friedenskonferenz bereits vertragliche Regelungen für Mittel- und Westeuropa diskutiert wurden, hatte der Erste Weltkrieg an den osteuropäischen Fronten noch kein Ende gefunden. Nach dem Zusammenbruch der Administration der ehemaligen Teilungsmächte und dem Abzug der deutschen Heeresgruppe Ober-Ost aus dem litauisch-ukrainischen Gebiet im Winter 1918/19 kämpften im Machtvakuum des Gebietes zwischen Bug und Dnjepr sowjetische, polnische, litauische und ukrainische Einheiten um die künftige Dominanz. Aus polnischer Sicht handelte es sich bei den Gebieten jenseits des Bug (*Kresy Wschodnie*) um integrale Bestandteile der frühneuzeitlichen polnisch-litauischen Adelsrepublik, und ähnlich wie seit Ende 1918 historisch polnische Territorien

von den ehemaligen österreichischen und preußischen Teilungsmächten für den neu entstehenden Staat Polen gewonnen werden konnten, so erhoffte sich ein großer Teil der polnischen Öffentlichkeit die „Rückkehr“ einst russischer Gebiete über das ehemalige Kongresspolen hinaus. Aus russischer Sicht dagegen waren die ehemaligen Westgouvernements Bestandteil des Zarenreiches, und die Bolschewiki wichen von dieser Annahme nicht ab, bot sich doch die Gelegenheit, das revolutionäre Regime auf eine möglichst breite territoriale Grundlage zu stellen. Im Frühjahr 1919 entstand so die Litauisch-Weißrussische Räterepublik.

Schließlich drängten in dieser Region noch die litauische und die ukrainische Nationalbewegung auf die Errichtung einer eigenen, souveränen Staatlichkeit.

Nicht wenigen zeitgenössischen Beobachtern in Polen mochte die militärische Eroberung und Behauptung der beanspruchten Territorien weit heldenhafter erscheinen als das diplomatische Aushandeln von Kompromissen auf der Pariser Friedenskonferenz, zumal der Kampf um Lemberg im November 1918, der Großpolnische Aufstand seit Dezember 1918 oder auch die im Entstehen begriffene Mythenbildung um die Legionen Józef Piłsudskis (1867–1935) im Ersten Weltkrieg den Erfolg „aktiven“ Eingreifens nur allzu plausibel machte. Völlig frei von den Bindungen und Verpflichtungen der internationalen Ordnung konnten Soldaten und Zivilisten im Osten Europas jedoch nicht operieren: dies zeigte sich deutlich im Falle der im Übergang vom Ersten Weltkrieg zum polnisch-sowjetischen Krieg aufbrechenden Gewalt gegen Juden. Im Winter 1918/19 und Frühjahr 1919 kam es in mehreren Gebieten, die einst unter zarisch-russischer und österreichisch-ungarischer Herrschaft gestanden hatten, zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung. Das Machtvakuum infolge noch nicht etablierter ziviler Staatsapparate, sozioökonomische Beweggründe wie die schwierige materielle Versorgungssituation oder die kriegsbedingte Inflation mochten den Ausbruch von Pogromen begünstigen; jüngere kulturwissenschaftlich inspirierte Forschungsansätze verweisen zudem verstärkt auf die Wirkung von Gewalterfahrungen, kollektiven Imaginationen und ideologischen Vorstellungen wie der vermeintlichen jüdischen „Kollaboration mit dem Feind“ oder der „Liquidierung des Bolschewismus“ in jenen Gebieten, die bereits vorübergehend unter sowjetischer Kontrolle gestanden hatten. Unter dem Eindruck der Pogrome des Winters 1918/19 war der Entschluss der Alliierten, Polen zur Annahme eines Minderheitenschutzvertrags zu verpflichten, daher nur konsequent.

Der kausale Zusammenhang zwischen Minderheitenschutzvertrag und dem beginnenden polnisch-sowjetischen Krieg wurde in der zeitgenössischen Wahrnehmung ebenso wie bislang auch in der Historiographie wenig reflektiert, entbehrt aber nicht einer gewissen Dialektik: Einerseits hatten

die Pogrome in den *Kresy Wschodnie* die internationalen Friedensbedingungen für Polen wesentlich verschärft und bewirkten, dass der Versailler Vertrag in der polnischen Öffentlichkeit vorwiegend negativ aufgenommen wurde, andererseits nahmen die im Jahr 1919 erreichten polnischen militärischen Erfolge im Osten allzu unzufriedenen Stimmen wieder den Wind aus den Segeln. Zugleich erschienen die in den Anfangsjahren der polnischen Unabhängigkeit forcierten Raum-Mythen, Zivilisationskonzepte und Europa-Vorstellungen im Zuge des polnischen Vormarsches nach Osten zunehmend als realisierbar und vermochten damit rasch an ungekannter Faszination und Strahlkraft zu gewinnen.

Die wohl bekannteste dieser Projektionen war die „jagiellonische Idee“. Tatsächlich handelt es sich hier um einen ausgesprochen schillernden Begriff. Ausgangsposition war die Erinnerung an die frühneuzeitliche polnisch-litauische Adelsrepublik mit ihrem weit über die Grenzen des einstigen Kongresspolen hinausgeschobenen Territorium. Welche Traditionslinien aber in welcher Weise auf die Situation der Jahre 1919/20 übertragen werden sollten, unterlag durchaus ambivalenten Deutungen.

Eine unveränderte Wiederherstellung der Grenzen von 1772 schien selbst den meisten Anhängern der „jagiellonischen Idee“ als undurchführbar. Dass sich die Rahmenbedingungen in den *Kresy Wschodnie* durch die Formierung einer litauischen und ukrainischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert gewandelt hatten, war polnischen Politikern, Publizisten und Gelehrten nicht verborgen geblieben. Die Berücksichtigung der Multiethnizität in den Ostgebieten und die daraus resultierende Präferenz eines politischen Nationsbegriffs gelten daher gemeinhin als wesentliche Kennzeichen der „jagiellonischen Idee“. Von großem Symbolwert war daher der nach der Einnahme Wilnas von Pilsudski verfasste „Aufruf an die Einwohner des ehemaligen Großfürstentums Litauen“ vom 22. April 1919. Darin verkündete das polnische Staatsoberhaupt: „Ich möchte Euch die Möglichkeit geben, innere, Nationalitäten- und Religionsangelegenheiten so zu regeln, wie Ihr Euch das selbst wünschen werdet, ohne jegliche Gewalt und jeglichen Druck von Seiten Polens“ (Pilsudski, 1937, S. 75).

Pilsudskis Variante eines „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ hielt jedoch manche Anhänger der „jagiellonischen Idee“ nicht davon ab, Zivilisationskonzepte für den Osten zu entwickeln, die eine polnische Hegemonialstellung implizierten. Eine besondere zivilisatorische Rolle Polens im Osten Europas propagierten vor allem konservative Kreise.

Dem Wilnaer Publizisten Stanisław Cat-Mackiewicz (1896–1966) schwebte beispielsweise eine Sammlung der slavischen Völker unter polnischer Hegemonie vor und er spekulierte gar, ob Polen nicht eines Tages in der Lage sein könnte, auf kolonisiertem Wege die Nachfolge der russischen Besitzungen in Asien anzutreten (*Słowo*, 27.8.1922, S. 1).

Ähnlich selbstbewusst gaben sich katholische Würdenträger. Der Bischof von Kujawien und Kalisz, Stanisław Zdzitowiecki, gab als Leitlinie aus: „Im Osten reicht unser Polen so weit, wie die katholische Religion reicht“ (zit. vom 3.5.1919 nach Drozdowski, 1998, S. 185), und der Erzbischof von Lemberg, Józef Bilczewski, meinte, das neue Polen müsse „die Aufgabe eines göttlichen Apostels erfüllen, der den Brudervölkern im Osten das helle Licht der reinen Lehre Christi bringt“ (Bilczewski, 1923, S. 56-57). Der Warschauer Erzbischof, Kardinal Aleksander Kakowski, leitete aus einer aktiven Missionstätigkeit der katholischen Kirche Polens schließlich den politischen Anspruch auf eine Großmachtrolle Polens ab: „Uns verpflichten dazu auch nationale Gesichtspunkte, da wir eine große Nation sind und sein wollen“ (zit. vom 6.1.1921 nach Drozdowski, S. 236).

In scharfer Abgrenzung gegen die konservativen Anhänger der „jagiellonischen Idee“ wurde in der sozialistischen Publizistik die Annahme verbreitet, die „zivilisatorische Mission“ diene nur dem Zweck, den territorialen Besitzstand der polnischen Großgrundbesitzer zu sichern. Die politische Linke selbst gab, in Anlehnung an die Parolen der romantischen Nationalbewegung aus dem 19. Jahrhundert, für die polnische Politik im Osten Europas die Devise aus: „Freie mit Freien, Gleiche mit Gleichen“. Allerdings waren im Umkreis der linksorientierten Bauernparteien durchaus Stimmen zu vernehmen, die das im Osten gewonnene Land an kleinere und mittlere Bauern verteilt sehen wollten und damit Aussichten auf eine „kolonialisatorische Expansion des polnischen Volkes“ befürworteten.

So unterschiedlich sich die Anhängerschaft der „jagiellonischen Idee“ bezüglich Motivation und Zielsetzung präsentierte, so vielfältig waren auch die Vorstellungen zu konkreten Organisationsprinzipien. Die wohl markanteste Trennlinie verlief dabei zwischen „Inkorporationisten“ und „Föderationisten“.

Die Inkorporationisten plädierten dafür, die Gebiete im Osten, zumindest aber jene Gebiete unmittelbar an der Grenze zum ethnographisch definierten polnischen Kerngebiet, direkt dem polnischen Staat einzugliedern. Vor allem in Bezug auf das Wilna-Gebiet („Mittellitauen“) engagierten sich die Konservativen um Stanisław Cat-Mackiewicz für eine direkte Inkorporierung in den polnischen Staat und stellten sich damit den Versprechungen von Piłsudskis Aufruf im April 1919 diametral entgegen.

Die besondere Aufmerksamkeit der Föderationisten galt der Stellung Litauens, Weißrusslands und der Ukraine. Ziel war es, diese zwischen Polen und Russland liegenden Gebiete als formal unabhängige Staaten mit Polen zu verbinden. Das neu entstandene Litauen, das in seinem Nationsbildungsprozess von allen Völkern der *Kresy Wschodnie* am weitesten vorangeschritten war, entzog sich allerdings sehr schnell den polnischen Föderationsbestrebungen. Günstigere Umstände trafen die Föderationisten

im Falle der Ukraine an. Bereits am 26. Juni 1919 war die Einnahme Ostgaliziens durch Polen von den westlichen Alliierten gebilligt worden, und Symon Petlura, der Anführer der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung, pflegte gute Kontakte mit Warschau. Am 21. April 1920 wurde ein Vertrag mit der Ukraine geschlossen, der ausführliche Regelungen über den Grenzverlauf zwischen den beiden Nachbarn und das Ausmaß der Zusammenarbeit enthielt. Drei Tage später folgte eine Militärkonvention, die unter anderem eine umfassende Alimentierung der polnischen Armee mit Erzeugnissen der ukrainischen Landwirtschaft vorsah.

Der weitere Verlauf des polnisch-sowjetischen Krieges machte diese Perspektive polnischer Ostpolitik zunichte. Dies bezeichnet zugleich das größte Manko der Föderationspläne: Sie wurden begünstigt durch die Auflösung der etablierten Ordnung im östlichen Europa seit 1917/18 und reagierten situativ auf die neuesten politischen und militärischen Entwicklungen, konnten unter diesen Umständen aber kaum Ausdruck einer zielstrebig verfolgten Strategie sein. Daher verwundert nicht, dass die Debatte um die Föderationspläne in der kurzen Zeit seit Erlangung der Unabhängigkeit Polens weit mehr um die Frage kreiste, welche Territorien im Osten für ein Zusammengehen mit Polen in Frage kämen, als dass eine konkrete inhaltlich-administrative Ausgestaltung erörtert wurde. Eher an idealisierte Geschichtsvorstellungen knüpfte die Idee einer „Union“ an, die eine Verbindungslinie konstruierte von der Union von Kiew 1385, die Jagiello die litauische Fürsten- und polnische Königswürde vereinigen ließ, der Union von Horodlo 1413, durch die sich der polnische und litauische Adel zu einem gemeinsamen Stand vereinigte, über die Union von Lublin 1569, die die beiden Landesteile Polen und Litauen nicht nur personell, sondern auch staatsrechtlich miteinander verband, bis zur Union von Brest 1596, die für die Ukrainer eine griechisch-katholische Konfession schuf.

Die bis 1920 diskutierten Föderationspläne zielten somit weniger auf politische Föderalismus-Modelle wie einen dezentralen Einheitsstaat, einen unitarischen oder konföderalen Bundesstaat, sondern changierten in ihrem Charakter vielmehr zwischen Staatenbund und Allianz. Damit handelte es sich in erster Linie um ein außenpolitisches Konzept. Wichtiger Antrieb war hier zunächst das traditionelle Feindbild Russland, das durch die Revolution 1917 an neuer Brisanz gewonnen hatte. Władysław Studnicki aus dem Kreis der Wilnaer Konservativen gab als Vorgabe aus: „Polen wird so viel Land im Osten haben, so viel es okkupiert, so viel es befreit aus der Herrschaft der bolschewistischen Banden“ (Studnicki, 1919, S. 9). Darin stimmte die konservative Krakauer Tageszeitung *Czas* zu: Es dürfe nicht sein, „dass Polen die Augen verschließt oder aber kaltblütig zusieht, wie die Bolschewiki die polnisch-katholischen Massen aus Weißrussland

und Litauen umbringt, verhungern lässt oder nach Osten vertreibt“ (Czas, 30.8.1920, S.1).

Die Abwehr Russlands suchte Piłsudski freilich produktiv zu gestalten. In einem Interview mit der Pariser Tageszeitung *Le Matin* vom 15. Februar 1920 ließ er wissen:

„Es ist nicht daran zu denken, das alte Russland um jeden Preis wieder zum Leben zu erwecken, womöglich mit den alten Verantwortlichen. Man muss nach neuen Konzepten suchen [...] Man muss endlich verstehen, dass es im Osten Europas zu einem fundamentalen Wandel gekommen ist. [...] Wir erarbeiten gegenwärtig einen Plan, der die Schaffung einer rechtmäßigen Ordnung im Osten Europas zum Ziel hat.“

Strittig war bei diesem Projekt innerhalb des Lagers der Föderationisten, ob dieses groß angelegte Vorhaben der polnischen Außenpolitik in enger Abstimmung und Verbundenheit mit den westlichen Alliierten durchgeführt werden sollte, wie es der Publizist Stanisław Bukowiecki nahe legte, oder ob dies, einem mehrheitlichen Wunsch der Piłsudski-Anhänger und der politischen Linken zufolge, ohne jegliche Vorgaben von Seiten der Entente zu realisieren sei. Damit ging es allerdings um nichts weniger, als im Osten Europas eine eigenständige, gar als komplementär zum Versailler System verstandene polnische Nachkriegsordnung für das östliche Europa aus der Taufe zu heben. Statt Bestandteil eines *cordon sanitaire* im Sinne der Westmächte zu sein, sollte Polen sich sein eigenes Vorfeld in Osteuropa schaffen.

Die Umdeutung des *cordon sanitaire*-Gedankens war eng gekoppelt mit dem Versuch einer neuen Selbstbeschreibung Polens vor dem Hintergrund der gerade gewonnenen Unabhängigkeit. Der Soziologe und Ethnograph Jan Stanisław Bystron (1892–1964) konstatierte, dass den Polen, die im 19. Jahrhundert als leidende Nation den Messianismus als Hauptrichtung des politischen Denkens erkoren hatten, nicht länger eine passive, sondern endlich eine schöpferische Rolle zufalle. Die neue Rolle könne Polen nur als Vormacht einer osteuropäischen Föderation erproben, denn „in anderen Systemen sind wir immer zur Rolle eines Satelliten verurteilt, zur Rolle des Schwachen, Hilfsbedürftigen, und zudem mehr oder weniger Abhängigen. Dagegen haben wir zwar im letztgenannten [i.e. im föderativen, S. Z.] System eine unendlich schwierigere Aufgabe, aber wir sind als Initiator und Lenker ein selbständiger Faktor“ (Pawłowski, Bystron, Peretiatkowicz, 1923, S. 75).

Die Anhängerschaft der „jagiellonischen Idee“ war ausgesprochen heterogen und sorgte für eine ambivalente Vielfalt von Konzeptionen und Interessen. Piłsudski-Anhänger, Bauernparteien, Sozialisten und Konservative zählten zu dieser Gruppe ebenso wie Nationaldemokraten und katholische Kirchenkreise. Entgegen der in der Forschungsliteratur häufi-

ger anzutreffenden Annahme eines dichotomischen Gegensatzes von Pilsudskis „jagiellonischer“ und Dmowskis „piastischer“ Orientierung gab es innerhalb der Nationaldemokratie über die Grenzen und räumlichen Dimensionen des unabhängigen Polen durchaus konträre Ansichten.

In der Tat sahen viele Nationaldemokraten die Hauptaufgabe der polnischen Politik im Kampf gegen Deutschland, in den Westgebieten und an der „Ostsee“. Auch bemängelten sie an der föderationistischen Lösung im Rahmen der „jagiellonischen Idee“, dass die östlich von Polen projektierten Pufferstaaten zu schwach zur Selbsterhaltung sein würden und über kurz oder lang an Russland zu fallen drohten. Daher galt die Präferenz einer direkten Grenze zwischen Polen und Russland. Allerdings konnte sich ein merklicher Teil der Nationaldemokraten nicht der Wirkmächtigkeit historischer Traditionskonstrukte wie dem Bewusstsein einer besonderen Mission Polens im Osten entziehen. Dies betraf an führender Stelle beispielsweise Joachim Bartoszewicz, der 1917 Kommissar der nationaldemokratischen *Liga Narodowa* in der Ukraine gewesen war, oder Stanisław Kozicki, dem ein Staatenbund zumindest mit dem litauischen Kerngebiet vorschwebte. Stanisław Grabski bekannte sich noch Anfang der zwanziger Jahre explizit sowohl zu einem piastischen Polen Mieszkos I. und Bolesław Chrobrys als auch zu den Jagiellonen und der polnisch-litauischen Adelsrepublik mit ihren Wahlkönigen.

Auch die katholische Kirche, die in großen Teilen eine politische Affinität zur Nationaldemokratie besaß, richtete ihren Blick nach Westen und nach Osten. Die Angliederung Schlesiens, der Zips und Orawa, Danzigs, Pommerellens, Ermlands und Masurens wurde ebenso befürwortet wie diejenige Ostgaliziens und sämtlicher historisch zu Polen gehöriger Länder im Osten Europas. Nationaldemokraten und katholische Kirche beschränkten sich in ihren territorialen Projektionen dabei nicht auf ein ethnisch rein polnisches Gebiet, sondern konstruierten die künftige räumliche Gestalt des unabhängigen Polen auch unter Berufung auf historische, geostrategische und religiöse Argumente.

Nachdem das weite territoriale Ausgreifen polnischer Truppen in den Osten Europas den unterschiedlichen Europa-Vorstellungen, Raum-Mythen und Zivilisationskonzepten bislang eine schier unerschöpflich scheinende Projektionsfläche geboten hatte, brachte das zweite Jahr des polnisch-sowjetischen Krieges eine nahezu diametral entgegen gesetzte räumliche Erfahrung. Im Frühsommer 1920 gelang den sowjetischen Truppen ein bedeutender Vorstoß ins polnische Kernland und schuf für die weitere Existenz des jungen polnischen Staates eine ausgesprochen bedrohliche Situation.

Dieser einschneidenden politisch-militärischen Lageänderung folgte eine konzeptionelle Neuorientierung bei der Formulierung von Polens Rolle in

Europa erst mit einigem Zögern. Noch im Juli 1920 versetzte die polnische Öffentlichkeit in helle Aufregung, dass die westeuropäischen Alliierten ihre Hilfestellung für Polen an diverse Auflagen knüpften, deren wichtigste der Rückzug der polnischen Armee hinter die Linie vom 8. Dezember 1919 (Curzon-Linie) war.

Unter diesen Umständen galt die intensivierte Mobilisierung der eigenen Bevölkerung als einzig verbleibender Ausweg. In den zahlreichen öffentlichen Aufrufen seit Mitte Juli 1920 wurde dabei nicht mehr die zu erwartende Hilfe Europas für Polen, sondern im Gegenzug die historische Mission Polens als Schutzwall für Europa in den Vordergrund gerückt:

„Durch die Straßen der Stadt zieht der polnische Soldat und trägt auf der Spitze seines Bajonetts das Schicksal Polens und Europas [...] Möge die ganze Bevölkerung auf den Straßen Warschaus die zum Kampf eilenden Soldaten nicht mit Tränen und sentimental Gefühlen, sondern mit einem Wort des Glaubens in den Sieg verabschieden“ (*Rzeczpospolita*, Abendausgabe, 14.8.1920, S. 3).

Diese Argumentation rekurrierte auf den traditionellen, seit den Tatareneinfällen des Mittelalters virulenten Mythos von Polen als Vormauer („antemurale“) des christlichen Ideals und der westlichen Kultur gegen die Bedrohung aus dem Osten. Die Betonung Polens als „antemurale“ war am deutlichsten ausgeprägt in kirchlichen Kreisen und bei den Konservativen. Die Nationaldemokraten sahen die „antemurale“ nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen Deutschland und gegen ein deutsch-russisches Zusammengehen gerichtet: „Der preußische Stiefel im Verein mit der russischen Knute würde sonst bald wieder über die Menschen regieren, die erst eine kurze Zeit lang die Freiheit geatmet haben“ (*Gazeta Warszawska*, 15.8.1920, S. 1). Aus dieser Interpretation der internationalen Lage resultierte für die polnische Rechte umso nachdrücklicher die Rolle Polens als strategischer und moralischer Pfeiler der europäischen Nachkriegsordnung. Zur Konstruktion des nationalen Zusammenhaltes dienten dabei nicht nur nationale polnische Erfolge, sondern das wiederholte Bekenntnis, für die freiheitlichen und demokratischen Ideale des Westens einzutreten.

Die Deutung Polens als „Vormauer“ des Westens wurde allerdings nicht von allen politischen Gruppierungen geteilt. Vor allem die Pilsudski-Anhänger und die Sozialisten legten Widerspruch dagegen ein, im Sinne der Westmächte instrumentalisiert zu werden.

„Polen will keine Barriere und kein Brückenkopf sein; Polen will das Leben einer unabhängigen Nation leben wie andere Nationen auch. Polen will kein Werkzeug sein, das der Entente dazu dient, politische und wirtschaftliche Rechnungen mit Deutschland, Russland und der Tschechoslowakei zu begleichen. Die Existenz Polens und seine Unabhängigkeit dürfen nicht abhängig sein von den wechselnden politischen Konjunkturen zwischen Ost und West“ (*Robotnik*, 3.8.1920, S. 1).

Damit manifestierte sich bei demjenigen Teil der politischen Eliten Polens, der sich schon für die Föderationspläne besonders engagiert hatte, erneut das Ziel einer größtmöglichen Selbständigkeit der polnischen Politik – eine Haltung, die sich gegenüber der Integration Polens in die europäische Nachkriegsordnung im Verlauf der zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts manches Mal als sperrig erweisen sollte.

Der polnisch-sowjetische Krieg 1919/20 hatte gravierende Auswirkungen auf die Konstruktion politischer Mythenbildung in Polen. Dabei entfalteten Raumkonzepte und Europapläne wie die „jagiellonische Idee“ und die Vorstellung Polens als „antemurale“, die beide auf jeweils unterschiedliche Weise den Gegner Russland zu exkludieren strebten, in der Folge weit größere Breitenwirkung als eine Haltung, die Polen in der Funktion einer Brücke zwischen dem Westen und Osten Europas sehen mochte.

In der Debattenvielfalt der frühen Unabhängigkeitszeit spiegelte sich deutlich die in der polnischen Gesellschaft weit verbreitete Suche nach nationalem Sinn und nationaler Kohärenz wider. Zum einen schwang noch über den Ersten Weltkrieg hinaus das Bestreben mit, eine Perspektive für Polen zu schaffen, die jenseits des Nationalstaats lag; zum zweiten verwies der teilweise parallele Bezug auf „jagiellonische“ und „piastische“ Vorbilder auf noch wenig kanonisierte Geschichtsdeutungen und Traditionsbestände; zum dritten – und diese Auseinandersetzung sollte die Zweite Republik noch bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht in Ruhe lassen – manifestierte sich wiederholt das Zwitterverhältnis zwischen politischer und ethnischer Nation. Vor dem Hintergrund dieser intensiven Selbstfindungsdebatten war es freilich nicht leicht, auf internationaler Ebene einen einigermaßen kohärenten polnischen außenpolitischen Standpunkt zu vermitteln.

Anschluss an die internationale Europa-Debatte?

Einer der wichtigsten Bezugspunkte polnischer Außenpolitik in den ersten Nachkriegsjahren war der Völkerbund, dessen Mitglied Polen seit seiner Begründung 1920 war. Polen als neu entstandener Staat in der Mitte Europas hatte mit fast allen Nachbarn Fragen der Grenzziehung, Reparationen, Wirtschaftsbeziehungen oder des Status von Angehörigen der jeweiligen nationalen Minderheiten zu klären. Die polnische Delegation beim Völkerbund gehörte zu den wichtigsten diplomatischen Missionen mit entsprechender personeller Ausstattung.

Ein aktives Mitglied war Polen in den ersten Jahren des Völkerbundes allerdings nicht. Keine internationale Organisation hatte zu Beginn der zwanziger Jahre ihren Sitz in Polen, und in vielen Einrichtungen und

Abteilungen des Völkerbundes war Polen nicht präsent. Eine Ausnahme bildete die Mitarbeit in der „Kommission für geistige Zusammenarbeit“ des Völkerbundes: Sekretär der Kommission war der Historiker Oskar Halecki. Die *splendid isolation* Polens wird in der polnischen Historiographie häufig mit der Rolle Polens als „ständiger Klient“ des Völkerbundes und mit dem Wiederaufbau der eigenen Staatlichkeit begründet, die ein weitergehendes Engagement in Genf nicht zugelassen hätten.

Tatsächlich war die zeitgenössische polnische Haltung gegenüber dem Völkerbund von großer Skepsis und Distanz geprägt. Bereits nach wenigen Monaten seines Bestehens wurde der Völkerbund, der 1920 im polnisch-sowjetischen Krieg nicht eingegriffen hatte, von vielen polnischen Politikern in seiner Bedeutung gering geschätzt oder als der polnischen Sache nicht wohl gesonnen wahrgenommen. Zudem erschien die angebliche „Vormundschaft“ des Völkerbundes als Einschränkung für die gerade erst erlangte und zu behauptende staatliche Souveränität. Vorteile, die der Völkerbund für Polen zu bieten hatte, wurden vorwiegend *ex negativo* hergeleitet. Der Sozialist Bolesław Limanowski hielt ihn immerhin für besser als die Vorherrschaft des Deutschen oder des Russischen Reiches.

Nur wenige polnische zeitgenössische Beobachter unterzogen sich der Mühe, weitergehende Ursachen für die Passivität Polens auf internationaler Ebene zu identifizieren. Der Volkswirt Henryk Tennenbaum beispielsweise meinte, zehn „Wunder an der Weichsel“ reichten nicht aus, das internationale Prestige Polens zu verbessern, wenn kein Vertrauen in Währung und Wirtschaftskraft des Landes vorhanden sei (Rykten, 1923, S. 17).

Symptomatisch für die stark emotionsgeleitete Perzeption der neuen internationalen Ordnung in Polen war, dass Fragen der Personalpolitik schnell zum Seismographen für innerpolnische Erwartungen und Enttäuschungen gerieten. Besonders eklatant war dies im Falle der Genfer Delegation Szymon Askenazys, eines angesehenen Geschichtsprofessors aus Lemberg. Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des Völkerbundes entlud sich wiederholt gegen den Juden Askenazy und das „internationale Judentum“.

Für eine kooperative und konstruktive Politik gegenüber dem Völkerbund traten in den ersten Nachkriegsjahren nur die Konservativen ein. Schon während der Teilungszeit eine Partei der – von der Nationalbewegung heftig kritisierten – Zusammenarbeit und des Ausgleichs, kam ihnen zur Akzeptanz des Völkerbundes die im Gegensatz zu den anderen politischen Gruppierungen Polens größere Vertrautheit mit diplomatischen Gepflogenheiten und die spezifisch konservative Auffassung entgegen, dass „alle Völker und Staaten lebendige Bestandteile eines gemeinsamen Organismus“ seien (Czas, 21.5.1922, S. 1). Die Konservativen, die in der polnischen Außenpolitik rasch eine führende Stellung einnahmen, waren gegenüber dem Völkerbund allerdings auch recht pragmatisch eingestellt:

Kooperation war kein Selbstzweck, sondern mit dem Interesse verbunden, Polen im Kreis der europäischen Mächte eine wichtige Stellung zu verschaffen.

Die Entwicklung einer affirmativen Haltung zur europäischen Nachkriegsordnung verlief zunächst über den Weg einer bilateral orientierten Außenpolitik. Eine zentrale Stellung nahm dabei der polnisch-französische Bündnisvertrag vom 19. Februar 1921 ein. Entgegen manch kritischer Bewertung des Abkommens in der neueren historischen Forschung war die zeitgenössische Rezeption in der polnischen Öffentlichkeit nahezu euphorisch. Der Nationalkonservative und frankophile Stanisław Stroński sah im polnisch-französischen Bündnis den bedeutsamsten außenpolitischen Vorgang nach dem Versailler Vertrag und erkannte eine „ungeheure Tragweite für Polen, für Frankreich und für Europa“. Polen habe mit diesem Bündnis die Nachfolge Russlands als wichtigster Verbündeter Frankreichs auf dem Kontinent angetreten (*Rzeczpospolita*, Morgenausgabe, 22.2.1921, S. 3). Gar als „Rückkehr nach Europa“ feierte die Kommentatorin der konservativen Tageszeitung *Rzeczpospolita*, Irena Pannenkowa, den Vertrag. Das Gebot der Stunde sei es, „soviel Europa nach Polen und Polen nach Europa hineinzulassen wie möglich. Es ist höchste Zeit zu begreifen, dass wir, indem wir Bürger Polens sind, zugleich auch Bürger Europas und der Welt sind“ (*Rzeczpospolita*, Abendausgabe, 25.2.1921, S. 3).

Die am 6. Februar 1922 und am 26. November 1923 geschlossenen Handelsverträge mit Frankreich und Großbritannien und die Richtungsänderung der amerikanischen Außenpolitik ab 1924, die den finanziellen Konsolidierungskurs der Regierung Władysław Grabski unterstützten, indem erstmals größere Kredit- und Investitionssummen nach Polen flossen und das wirtschaftliche Wachstum ankurbelten, beförderten in Polen zusätzlich das Gefühl des „Ankommens“ in Europa.

Vor allem aber die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Grenzen 1923 ebneten den Weg zur Bereitschaft, im europäischen Nachkriegssystem eine Rolle als „Pfeiler, der über die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrags und des heutigen Gleichgewichts der Kräfte in Europa entscheidet“, einzunehmen (*Kurjer Poranny*, 10.9.1923, S. 1). Die Mitgliedschaft Polens im Völkerbundrat galt nun nicht nur als erstrebenswert, sondern zunehmend auch als Symbol für den polnischen Großmachtstatus.

Die Jahre von 1924 bis 1932 waren die Phase der aktivsten polnischen Präsenz auf dem Genfer Parkett. Die Formulierung einer klaren außenpolitischen Konzeption, die auf den Erhalt der europäischen Nachkriegsordnung abzielte, die Konsolidierung des polnischen Staatswesens und die damit einhergehende Professionalisierung des polnischen auswärtigen Dienstes begünstigten diese Entwicklung. Der Übergang vom übersprudeln-

den und teilweise etwas unbeholfenen Idealismus der frühen Nachkriegszeit zu einer pragmatisch-machtpolitischen Wahrnehmung als „national“ definierter Interessen, brachte allerdings auch eine Versteifung der polnischen Außenpolitik und Europa-Vorstellungen mit sich. Die wiedererlangte Staatlichkeit galt als höchster Wert, der nicht nur gegen die beiden übermächtigen und im Geiste des Rapallo-Vertrags von 1922 vereinten Nachbarn Deutschland und Sowjetunion, sondern auch gegen Pläne einer supranationalen Organisation Europas verteidigt werden musste, wenn hierbei Abstriche an der eigenen Souveränität vorzunehmen waren. Die europäische Friedensordnung wurde befürwortet, solange sie polnischen Interessen entgegenkam, sobald jedoch Irritationen auftauchten, wie sie selbst das als besonders eng eingestufte polnisch-französische Bündnis immer wieder prägten, ob durch französische Annäherungsbemühungen an Sowjetrußland, das französische Bündnis mit der Tschechoslowakei oder die Locarno-Verträge, zog sich die polnische Außenpolitik rasch auf eine Position zurück, die lieber den eigenen Kräften vertrauen und sich machtpolitisch nach größerer Unabhängigkeit orientieren ließ.

Auf diese gewandelte Stimmung in Polen stießen die seit Mitte der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts aufblühenden Initiativen zur europäischen Einigung. Dies bekam als erstes die paneuropäische Bewegung des Österreichers Graf Richard von Coudenhove-Kalergi zu spüren.

Dabei war die Resonanz in der polnischen Presse auf den ersten Paneuropa-Kongress in Wien im Oktober 1926 zunächst recht wohlwollend und zuversichtlich. Dies verdankte sich wohl in erster Linie dem Umstand, dass von polnischer Seite ein Zusammengehen von europäischen und nationalen Ideen für möglich, ja sogar für ausdrücklich wünschenswert gehalten wurde. So erinnerte der Vorsitzende der polnischen Paneuropa-Delegation, Aleksander Lednicki, bei seiner Rede zur Kongresseröffnung an die europäischen Visionen des polnischen Nationaldichters Adam Mickiewicz, und der Kongressbeobachter Tadeusz Dzieduszycki konstatierte, dass die Evolution hin zu einem neuen Europa Hand in Hand gehen müsse mit der Evolution hin zu einem neuen Polen.

Die Ernüchterung trat recht bald ein. Ebenso wie in Westeuropa vermochte es die Paneuropa-Bewegung in Polen nicht, über eine zahlenmäßig recht geringe und in ihrer sozialen Zusammensetzung elitäre Vereinigung hinaus in breitere Bevölkerungsschichten vorzudringen. Da half es auch wenig, dass die polnische Paneuropa-Sektion im Laufe ihres Bestehens prominente Mitglieder verschiedener politischer Orientierungen verzeichnen konnte, darunter vor allem Vertreter der Linken wie der Sozialisten (Mieczysław Niedziałkowski) und der Bauernparteien (für Wyzwolenie: Stanisław Thugutt, für Piast: Marian Dąbrowski), Parteilose wie der international konzertierende Cellist Bronisław Huberman, aber auch Vertreter

der gemäßigten Rechten wie der Priester und Sejm-Abgeordnete Zygmunt Kaczyński sowie Angehörige des polnischen diplomatischen Dienstes wie der ehemalige Außenminister Aleksander Skrzyński.

Für die schwache Resonanz „Paneuropas“ in Polen waren noch weitere Gründe verantwortlich. Ein Schwachpunkt war die Person des Vorsitzenden der polnischen Sektion, Aleksander Lednicki. Der Rechtsanwalt, der lange Zeit in Moskau gewirkt hatte, galt nicht nur als russophil, sondern stand auch im Brennpunkt eines Aufsehen erregenden Gerichtsprozesses, in dem er sich gegen den von der nationalen Rechten erhobenen Vorwurf des Landesverrats zur Wehr setzen musste. Auch wenn Lednicki den Prozess gewann, so blieb er doch für einen einflussreichen Teil der polnischen Publizisten ein politischer Hasardeur. Diese Kontroversen um die Person Lednickis ließen unvermeidlich auch die Sache, das Engagement für Pan-europa, nicht unberührt.

Ein gravierendes Hindernis bestand schließlich in den Intentionen Coudenhove-Kalergis selbst, der sich zunehmend um die Gunst der deutschen Politik bemühte und daraus resultierenden Konflikten mit dem polnischen Bündnispartner Frankreich nicht aus dem Weg ging. Genau dies aber erschien weiten Teilen der polnischen Öffentlichkeit, die wegen der anhaltenden Grenzstreitigkeiten und der Minderheitenproblematik mit Misstrauen auf den westlichen Nachbarn Deutschland blickte, als nicht tragbar. Ein wirklicher Schritt auf dem Weg zur europäischen Einigung war nur in einer Atmosphäre der Sicherheit und des Vertrauens denkbar. Dies war solange nicht möglich, wie das deutsche Bemühen um eine Überwindung der Versailler Vertragsbestimmungen von polnischer Seite als Hegemoniestreben und Bedrohung der eigenen staatlichen Existenz perzipiert wurde.

Das gestörte deutsch-polnische Nachbarschaftsverhältnis war auch ein Schlüsselfaktor für den Misserfolg der zweiten großen europäischen Einigungsidee der zwanziger Jahre, dem Europa-Plan von Aristide Briand. War die Paneuropa-Bewegung eine Initiative, die zwar zeitweise von europäischen Politikern unterstützt wurde, jedoch im Grunde ein Privatunternehmen blieb, so gilt dies nicht für den Europa-Plan des französischen Ministerpräsidenten und Außenministers Briand, der einen offiziellen Vorstoß der französischen Politik darstellte.

Am 5. September 1929 brachte Briand sein Projekt einer europäischen Einigung in einer offiziellen Rede vor den Völkerbund. Der Termin der Rede war beziehungsvoll, denn am gleichen Tag begann die Räumung der zweiten Zone im Rheinland. Briand wird in diesem Zusammenhang der Ausspruch zugeschrieben: „Wir müssen den Augenblick nutzen, da Frankreich die militärischen Positionen aufgibt, um uns moralische Positionen zu

sichern“ (Siebert, 1973, S. 498). Von Skeptikern wurde der Briand-Plan daher rasch als „Korrelat zur Rheinlandräumung“ beargwöhnt.

Aber auch das inhaltliche Angebot des Briand-Plans konnte den Kritikern nicht den Wind aus den Segeln nehmen. Wohl durchdacht war zwar, dass Briand als rechtliche Grundlage für seinen Vorschlag den Artikel 21 der allgemein anerkannten Völkerbundsatzung wählte, der eine regionale Integration ermöglichte. Auch sollte ausdrücklich nichts an eigenstaatlichen Souveränitätsrechten aufgeben werden, was ein klares Zugeständnis an die nationalen Interessen der künftigen europäischen Unionsmitglieder bedeutete. In seiner Rede beließ Briand viele Ausführungen zur konkreten Organisation einer föderativen Union jedoch im Vagen.

Die Tageszeitung *Czas* sah den Briand-Plan daher in einer Reihe europäischer utopischer Ideen der Friedenswahrung und Völkerfreundschaft von Dante über Leibnitz, Rousseau, Kant bis hin zu Saint-Simon – mit einem Wort, zu fantastisch, um jemals verwirklicht zu werden. Erst müssten eine Reihe grundsätzlicher Fragen geklärt werden, um dem Projekt eine ernsthafte Chance zu geben. Die wichtigsten dieser Fragen lauteten: Sollte die geplante europäische Union ein politisches oder ein wirtschaftliches Bündnis sein? Im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses war aus polnischer Sicht insbesondere das ungleiche Verhältnis von Agrar- und Industriestaaten von höchstem Interesse. Sollten alle europäischen Länder am Unionsprojekt beteiligt sein oder einige davon ausgeschlossen? Wie sollte sich das künftige Verhältnis zu den USA gestalten? Für Polen waren die Vereinigten Staaten zwar ein ferner, doch durchweg wohlgesonnener Partner, den es nicht durch eine „Bastion Europa“ zu verstimmen galt. Würde der geplante europäische Zusammenschluss in der Lage sein, dem Hegemoniestreben einzelner, größerer Staaten wirksam Einhalt zu gebieten? Diese Frage war für Polen vor allem im Hinblick auf Deutschland wichtig. Und schließlich: Könnte eine gemeinsame Union der europäischen Staaten wirklich die drängenden Fragen der Nachkriegsordnung, die Grenzstreitigkeiten und die Probleme mit den nationalen Minderheiten lösen helfen? (*Czas*, 14.9.1929, S. 1).

Dieser umfangreiche Fragenkatalog aus Polen deutete bereits an, dass selbst die offizielle Ausarbeitung des Briand-Plans, die für das kommende Jahr 1930 versprochen war, wohl kaum in der Lage sein würde, alle geäußerten Zweifel beiseite zu räumen.

Die mit Datum vom 1. Mai 1930 offiziell 26 Regierungen zugegangenen Vorschläge Briands wurden wie von den meisten europäischen Staaten, so auch von Polen in einer offiziellen Note mit einem „Ja, aber“ beantwortet. Neben der wiederholten Betonung der neu gewonnenen nationalen Souveränität für Polen und der Sorge vor einem anwachsenden Revisionismus des Deutschen Reichs, der durch die enge zeitliche Koinzidenz zwischen dem

Abzug der französischen Truppen aus dem Rheinland und der offiziellen Verbreitung des Memorandums solche Befürchtungen in Polen nur allzu plausibel erscheinen ließ, spielten auch konkrete inhaltliche Vorschläge des Briand-Plans eine Rolle für die zwiespältige Aufnahme in Polen. Die geplanten praktischen Verkehrs- und Handelsregelungen wurden einerseits positiv aufgenommen. Für den einfachen Bürger konnten die Vereinheitlichung von Zolltarifen und Währungskursen oder die Abschaffung von Visa eine deutliche Erleichterung bedeuten. Den Vorteilen für die Bürger wurden andererseits aber die vermeintlichen Nachteile für den polnischen Staat entgegengestellt: Der wirtschaftliche Liberalismus dieses europäischen Einigungsplans könne zum Niedergang der ohnehin bislang wenig entwickelten und nur eingeschränkt konkurrenzfähigen polnischen nationalen Industrie führen und somit direkt in die wirtschaftliche Abhängigkeit Polens vom wirtschaftlich stärkeren Ausland. Ohne Zweifel standen diese Einwände unter dem frischen Eindruck des Zoll- und Wirtschafts-„Krieges“ mit Deutschland und den ersten Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, doch zeichnete sich hier ein Argumentationsmuster ab, das für das europäische Denken in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen durchaus typisch war: Priorität besaß der Nutzen für den Staat, während das Wohl des individuellen Bürgers von nachrangiger Bedeutung war.

Die Initiative Briands brachte noch den Geist der Locarno-Ära mit den Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung zum Ausdruck. Sie kam im Herbst 1929 allerdings zu einem sehr späten Zeitpunkt. Die Weltwirtschaftskrise brachte neue Rahmenbedingungen. Nun standen Debatten um eine gesamteuropäische Zolltarifreform mit dem perspektivischen Ziel einer europäischen Zollunion im Vordergrund. Die Zollfriedenskonferenz, die am 17. Februar 1930 zusammentrat, war jedoch von Anfang an dadurch belastet, dass die Industriestaaten und die Agrarstaaten Europas unterschiedliche Interessenlagen hatten. Die mitteleuropäischen Agrarstaaten beschwerten sich darüber, dass der zunehmende Agrarprotektionismus der Industriestaaten ihnen die Märkte verschließe und sie somit auf ihrem Getreide, das ohnehin schon vom Preisverfall betroffen war, sitzen blieben. Die Zollfriedenskonferenz gelangte zwar am 24. März 1930 zu einem Abschluss, obwohl sie wegen der Konflikte der Teilnehmerstaaten mehrfach vor dem Abbruch gestanden hatte, allerdings konnten nicht alle Ziele des Zollfriedens erreicht werden, weshalb der Abschlussvertrag nur als „Genfer Handelskonvention“ bezeichnet wurde. Bis zum 30. April 1931 sollte es untersagt sein, bestehende Handelsverträge aufzukündigen. Damit sollten im Zeichen der heranziehenden Weltwirtschaftskrise Bestrebungen zu verstärktem Protektionismus unterbunden werden.

Angesichts der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise konnte diese Vereinbarung für die mittel- und osteuropäischen Länder nur ein Tropfen

auf den heißen Stein sein. Deshalb wurden eigene Schritte zu einer regionalen Integration unternommen: Im Sommer 1930 kam es zu einer Serie von Agrarkonferenzen. Am 21. Juli trafen sich in Bukarest Rumänien, Ungarn und Jugoslawien, einige Tage später Rumänien und Jugoslawien im rumänischen Karpatenstädtchen Sinaia, dann auf der größten Konferenz vom 28. bis 31. August in Warschau alle Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, schließlich im Oktober in Bukarest und im November in Belgrad nochmals die gleichen Staaten mit Ausnahme der baltischen. Ziel war es, einen gemeinsamen Agrarblock als Gegengewicht zum ökonomischen Ausschuss des Völkerbundes zu bilden, in dem die Industrieländer dominierten. Dabei machten sich Polen und Rumänien gegenseitig Konkurrenz, wer die führende Kraft unter den Agrarstaaten sei. Da sich allerdings immer mehr die Hinwendung zu einer Konföderation der Donau-Staaten abzeichnete, nahm Polen seit 1932 nicht mehr an den Agrarkonferenzen teil.

Die Zurückhaltung und Distanz, mit der Polen den europäischen Einigungsbestrebungen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts begegnete, hatten ihre wesentliche Ursache in der klar umrissenen außenpolitischen Zielsetzung, den nach einigem Zögern in der ersten Nachkriegszeit nunmehr für Polen als günstig erkannten Status quo der europäischen Nachkriegsordnung ohne jegliche Abstriche zu bewahren. Die innenpolitische Entwicklung Polens, das sich seit 1926 auf dem Weg in eine autoritäre Diktatur befand, beförderte die Intransigenz der außenpolitischen Haltung, da zusammen mit den oppositionellen politischen Gruppierungen auch alternative Entwürfe bezüglich Polens Stellung in Europa ins Abseits gedrängt wurden. So ergibt sich für die frühen dreißiger Jahre im Vergleich zur ersten Nachkriegszeit ein diametral entgegengesetztes Bild: Die polnische Außenpolitik hatte an Professionalität und Durchsetzungskraft gewonnen, aber der Quell an originellen Ideen und Debatten zu Europa war vorerst versiegt.

Intermarium: Europa-Vorstellungen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs

Die Rahmenbedingungen für Europapläne und Europa-Debatten waren in den dreißiger Jahren gänzlich andere als im Jahrzehnt zuvor. Die expansive Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschland und das intensivste Streben der Sowjetunion nach internationaler Anerkennung, das seinen ersten Höhepunkt im Beitritt zum Völkerbund 1934 fand, ließen die auf der Pariser Friedenskonferenz etablierte europäische Nachkriegsordnung rascher zusammenbrechen als dies selbst manch skeptischer Kommentator befürchtet hatte.

Die polnische Außenpolitik der *Sanacja*-Regierungen seit 1926, die den multilateralen Bestrebungen auf europäischer Ebene ohnehin mit Reserve gegenübergestanden hatte, verfolgte insbesondere unter der Führung von Józef Beck (1894–1944) seit 1932 zwei Optionen: zum einen die verstärkte Hinwendung zur traditionellen bilateralen Bündnispolitik, so beispielsweise in den Nichtangriffsverträgen mit Deutschland (1934) und der Sowjetunion (1932), zum anderen den Ausbau einer eigenen Großmachtposition in Mittel- und Osteuropa.

Dieses Projekt, das unter dem Begriff „Drittes Europa“ bekannt geworden ist, war freilich inhaltlich ausgesprochen schillernd. Bei der populären Formel „Von Meer zu Meer“ (*Intermarium*, *Międzymorze*) war nur der Ausgangspunkt an der Ostsee eindeutig festgelegt; je nachdem, ob ein Zusammengehen mit dem faschistischen Italien präferiert wurde oder ob mit der Kleinen Entente kooperiert werden sollte, konnte dieses „zweite Meer“ sowohl die Adria als auch das Schwarze Meer bezeichnen.

Enger noch an die „jagiellonische Idee“ der frühen Unabhängigkeitszeit knüpfte die Bewegung des „Prometheismus“ an. Selbst gestecktes Ziel war es, für die „Befreiung“ der nicht-russischen Völker vom Kommunismus und ihren Schutz in einer Verbindung mit Polen einzutreten. Dieses Ansinnen wurde von polnischen Regierungsstellen mit einiger Sympathie verfolgt, fand aber keinen Eingang in die offizielle Diplomatie.

Die Bewertung der polnischen Außenpolitik unter Józef Beck fällt in der Historiographie ausgesprochen kontrovers aus. Während manche Autoren in teilweise apologetischer Tendenz das Bemühen um den Aufbau einer möglichst starken Sicherheitszone zwischen den beiden großen und feindlich gesonnenen Nachbarn Deutschland und Sowjetunion unterstreichen, verurteilen Kritiker die Politik Becks als „abenteuerlichen Schlingerkurs“, der ideell zu einer postulierten Äquidistanz zwischen demokratischen und totalitären Staaten führte, und verweisen auf imperialistische Neigungen. Unleugbar zumindest fehlte der Außenpolitik des *Sanacja*-Regimes in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts nach wie vor ein Korrektiv in Gestalt einer freien und pluralistischen Debatte über Polens Rolle in Europa, wie es das demokratische Verfassungssystem in der ersten Zeit der Unabhängigkeit ermöglicht hatte. Nach dem Tod Piłsudskis 1935 geriet zwar wieder mehr Bewegung in die politische und geistige Landschaft Polens, den immer noch beschnittenen Spielraum nutzten die oppositionellen Gruppierungen allerdings vorrangig für innenpolitische Forderungen nach einer Rückgewinnung an Partizipationsrechten.

So kam es bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu einer Konvergenz außenpolitischer Konzepte, wo sich Piłsudski-Anhänger und Nationaldemokraten in den Anfangsjahren der Zweiten Republik noch stark unterschieden hatten. Das Piłsudski-Lager einschließlich seiner Nachfolge-

Organisationen bestand nach wie vor auf der Interpretation, Polen habe seine Freiheit 1918 durch eigene Kraft und gegen den Willen Europas errungen, und suchte damit seine eigenständige und in den 1930er Jahren zunehmend eigenwillige Außenpolitik historisch zu rechtfertigen. Die Nationaldemokraten, die sich seinerzeit bis in den Juli 1920 hinein für die Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten stark gemacht hatten und dafür sogar den Abgang der Regierung Władysław Grabski hinnehmen mussten, schwenkten in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre allmählich auf diese Sichtweise ein. Wenn es auch weiterhin Stimmen gab, den Sieg von 1920 nicht nur für die Existenz der polnischen Nation, sondern im Sinne des „antemurale“-Mythos auch als bedeutend für ganz Europa zu deuten, so zeigte sich beim nationalen Lager insgesamt die Tendenz, die 1920 noch beklagte internationale Isolation nunmehr als Tugend zu verklären. Dies verwies sowohl auf eine mittlerweile eingetretene Distanz zu den westeuropäischen Partnern von einst als auch auf die Adaption an den in Polen kurz vor dem Zweiten Weltkrieg weit verbreiteten und überaus selbstbewussten Diskurs der eigenen Stärke.

Auch in anderer Hinsicht war im Verlauf der zwei Jahrzehnte seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ein bemerkenswerter Wandel zu registrieren: Die zumindest in den intellektuellen Kreisen Polens lebensweltlich-kulturell erfahrene Europäizität vor 1918, die noch in den frühen Jahren der Unabhängigkeit ihre Prägekraft entfalten konnte, schwand mit dem zunehmenden Selbstbewusstsein der neu erlangten eigenen Staatlichkeit. In engem Zusammenhang mit den zeitgenössischen Konstruktionsprozessen nationaler Identität wurde „Europa“ nun vorrangig unter dem Blickwinkel nationaler Selbstbeschreibung gedacht, wurden in Gestalt von Raum-Mythen oder Geschichtsbildern verstärkt nationale mit europäischen Komponenten zusammengebunden. Auf der Ebene der offiziellen polnischen Außenpolitik ergab sich aus diesem Spannungsverhältnis der wiederholte Versuch, der auf den Pariser Friedenskonferenzen etablierten europäischen Nachkriegsordnung eigene Ordnungsvisionen entgegenzusetzen – während des polnisch-sowjetischen Krieges 1919/20 noch als überwiegend komplementär, in den dreißiger Jahren hingegen schon als bewusst kontrastierend verstanden.

Bibliographie:

ANDRUCHOWYTSCH, JURI, Das letzte Territorium. Essays, Frankfurt/Main 2003.

BILCZEWSKI, JÓZEF, O miłości Ojczyzny. List pasterski na Wielki Post 1923 [Über die Liebe zum Vaterland. Hirtenbrief zur österlichen Fastenzeit 1923], Lwów 1923, S. 56-57.

Das Briand-Memorandum und die Antwort der europäischen Mächte. In deutscher Sprache herausgegeben auf Grund der amtlichen Unterlagen, Berlin 1930.

DÖBLIN, ALFRED, Reise in Polen, München, 1993.

GERNER, KRISTIAN, Piast, Jagiello or Jadwiga? Poland and Europe at the End of the 20th Century, in: The Changing Map of Europe. The Trajectory Berlin – Poznań – Warsaw. A Tribute to Antoni Kukliński, hg. v. RYSZARD DOMAŃSKI, Warsaw 1999, S. 35-51.

HAUSER, PRZEMYSŁAW, Federacyjna wizja Rzeczypospolitej w poglądach Józefa Piłsudskiego i próba jej urzeczywistnienia w latach 1918–1921 [Die föderative Vision Polens in den Ansichten Józef Piłsudskis und der Versuch ihrer Verwirklichung in den Jahren 1918–1921], in: Polska i Ukraina. Sojusz 1920 roku i jego następstwa [Polen und die Ukraine. Das Bündnis 1920 und seine Folgen], hg. v. ZBIGNIEW KARPUS/ WALDEMAR REZMER/ EMILIAN WISZKA, Toruń 1997, S. 17-41.

KAWALEC, KRZYSZTOF, Spadkobiercy niepokornych. Dzieje polskiej myśli politycznej 1918–1939 [Die Erben der Unbeugsamen. Geschichte des polnischen politischen Denkens 1918–1939], Wrocław – Warszawa – Kraków 2000.

Le Plan Briand d' Union fédérale européenne. Perspectives nationales et transnationales, avec documents. Actes du colloque international tenu à Genève du 19 au 21 septembre, hg. v. ANTOINE FLEURY und LUBOR JÍLEK, Bern u. a. 1998.

Locarno und Osteuropa. Fragen eines europäischen Sicherheitssystems in den 20er Jahren hg. v. RALPH SCHATTKOWSKY, Marburg 1994.

MAI, GUNTHER, Europa 1918 – 1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart – Berlin – Köln 2001.

Metropolia Warszawska a narodziny II Rzeczypospolitej. Antologia tekstów historycznych i literackich w 80-tą rocznicę odzyskania niepodległości, hg. v. MARIAN MAREK DROZDOWSKI, Warszawa 1998.

PAWŁOWSKI, STANISŁAW, BYSTRON, JAN STANISŁAW, PERETIATKOWICZ, ANTONI, *Polska współczesna* [Das heutige Polen], Lwów – Warszawa 1923.

PILSUDSKI, JÓZEF, *Pisma zbiorowe*. Wydanie prac dotychczas drukiem ogłoszonych, Bd. 5 [Gesammelte Schriften. Ausgabe der bislang im Druck erschienenen Schriften], Warszawa 1937.

Polska na tle procesów rozwojowych Europy w XX wieku [Polen vor dem Hintergrund europäischer Entwicklungsprozesse im 20. Jahrhundert], hg. v. STANISŁAW SIERPOWSKI, Poznań 2002.

Polska w organizacjach międzynarodowych [Polen in internationalen Organisationen], hg. v. Stanisław Parzymies/ IRENA POPIUK-RYSIŃSKA, Warszawa 1998.

Polska wobec idei integracji europejskiej w latach 1918–1945 [Polen und die Idee der europäischen Integration 1918–1945], hg. v. MIECZYSLAW WOJCIECHOWSKI, Toruń 2000.

RYKTEN [i.e. TENNENBAUM, HENRYK]: *Polska w polityce światowej*. Szkic polityczny [Polen in der Weltpolitik. Eine politische Skizze], Warszawa 1923.

SIEBERT, FERDINAND, *Aristide Briand 1862 – 1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa*, Erlenbach – Zürich – Stuttgart 1973.

STUDNICKI, WŁADYSŁAW, *W sprawie stosunku politycznego Polski do jej ziem wschodnich* [Das politische Verhältnis Polens zu seinen Ostgebieten], Warszawa 1919.

SZCZEPAŃKI, JANUSZ, *Spółeczeństwo Polski w walce z najazdem bolszewickim 1920 roku* [Die Gesellschaft Polens im Kampf gegen den bolschewistischen Kriegszug 1920], Warszawa – Pułtusk 2000.

TAZBIR, JANUSZ, *Spory o przedmurze* [Debatten über das „antemurale“], in: ders., *Pożegnanie z XX wiekiem* [Abschied vom 20. Jahrhundert], Warszawa 1999, S. 111–134.

TROEBST, STEFAN, „Intermarium“ und „Vermählung mit dem Meer“. Kognitive Karten und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 28, 2002, S. 435–469.

Vision Europa. Deutsche und polnische Föderationspläne des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, hg. v. HEINZ DUCHHARDT/ MALGORZATA MORAWIEC, Mainz 2003.

Z dziejów prób integracji europejskiej. Od średniowiecza do współczesności [Aus der Geschichte europäischer Integrationsversuche. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart], hg. v. MICHAŁ PUŁASKI, Kraków 1995.